

Aydın, Yaşar

Research Report

Türkei: Kommunalwahlen als Referendum für Erdoğan. Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel

SWP-Aktuell, No. 24/2014

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Aydın, Yaşar (2014) : Türkei: Kommunalwahlen als Referendum für Erdoğan. Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel, SWP-Aktuell, No. 24/2014, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255194>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Türkei: Kommunalwahlen als Referendum für Erdoğan

Trotz des Wahlsiegs sitzt der türkische Premier nicht so fest im Sattel

Yaşar Aydın

Am 30. März 2014 fanden in der Türkei landesweit Kommunalwahlen statt, die sowohl von der Regierung als auch von der Opposition zu einem Referendum über Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Regierung hochgespielt wurden. Während der Premier sich als Opfer »dunkler ausländischer Mächte« und ihrer »inländischen Handlanger« stilisierte und von einem »neuen Unabhängigkeitskrieg« sprach, kaprizierte sich die Opposition fast ausschließlich auf Korruptionsvorwürfe gegen die Regierung. Trotz Stimmeneinbußen von rund fünf Prozentpunkten ist die AKP aus den Kommunalwahlen als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Doch Erdoğan sitzt nicht so fest im Sattel, wie allgemein angenommen wird. Sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik stehen ihm schwierige Zeiten bevor.

Aus den Kommunalwahlen, die in einer stark polarisierten Atmosphäre stattfanden, sind Premier Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) als Sieger hervorgegangen. 52,7 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, die Parlamente der 81 Provinzen, die Bürgermeister und Ortsvorsteher neu zu bestimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 88,5 Prozent. Sie ist ein Beleg für die starke Politisierung und nicht auf die Wahlpflicht zurückzuführen. Denn das Fernbleiben von den Urnen wird, wenn überhaupt, mit nur einer geringen Geldstrafe geahndet.

Mit 45,5 Prozent der abgegebenen Stimmen hat die AKP ein Ergebnis erzielt, mit

dem im Ausland kaum jemand gerechnet hat. Dort hatte man überwiegend erwartet, dass Erdoğan von den Wählern die Quittung für die Korruptionsvorwürfe, seine Eingriffe in die Justiz und die Einschränkung der Meinungsfreiheit bekommen würde. Da Erdoğan in seinem Führungsanspruch vorerst bestätigt ist, scheint eine »Zeitenwende« nun in weite Ferne gerückt zu sein.

Hintergrund: Stationen der politischen Polarisierung

Im Mai 2013 kamen bei einem Bombenanschlag in der Provinz Hatay, die direkt an Syrien grenzt, 52 Personen ums Leben. Landesweit wuchs die Angst, in einen Krieg mit

Syrien hineingezogen zu werden. Die Kritik der Opposition an der Syrien-Politik der Regierung wurde schärfer. In dieser angespannten Atmosphäre kam es wenige Wochen später zu einer Protestaktion gegen das Vorhaben der Regierung, im Gezi-Park im Zentrum Istanbuls ein 1940 abgerissenes Kasernengebäude wiederaufzubauen und den Komplex als Einkaufszentrum zu nutzen. Als am 28. Mai 2013 der Park mit unverhältnismäßiger Polizeigewalt gegen die Besatzer geräumt wurde, löste dies landesweit Proteste aus, die mehrere Wochen andauerten. Die Auseinandersetzungen kosteten acht Personen das Leben. Die Gezi-Park-Proteste und Erdoğan's scharfe Rhetorik gegen die Demonstranten trugen zur weiteren Polarisierung in der Gesellschaft erheblich bei. Unter anderem kritisierten die auflagenstärkste Tageszeitung *Zaman* und der Dachverband der Unternehmer und Industriellenvereine der Türkei (TUSKON), die beide der Gülen-Bewegung nahestehen, Erdoğan wegen seiner autoritär-kompromisslosen Haltung gegenüber den Demonstranten. Der 2005 gegründete Arbeitgeberverband TUSKON hat zwar die AKP-Regierung in zentralen Fragen wie etwa bei dem Verfassungsreferendum 2010 unterstützt. Doch trotz der nach außen deklarierten Neutralität gibt es Anzeichen dafür, dass er mit der Gülen-Bewegung eng verbunden ist.

Erdoğan hatte bereits vorher begonnen, in der Gülen-Bewegung eine Herausforderung zu sehen. Grund dafür waren die zunehmenden Differenzen und Interessenkonflikte bei innen- und außenpolitischen Themen (Kurdenproblem, Beziehungen zu Israel und zum Westen und Umgang mit der Opposition). Zudem war beiden Kräften nach der Zurückdrängung der Bevormundung durch den Militärapparat, bei der sie eng kooperiert hatten, der »gemeinsame Feind« abhanden gekommen. Bereits im Sommer 2010 hatte Fethullah Gülen, der Führer der Gülen-Bewegung, der seit 1999 im US-amerikanischen Exil in Pennsylvania lebt, die AKP-Regierung wegen ihrer Unterstützung der internationalen Hilfsflottille offen kritisiert, die versucht hatte, die isra-

elische Seeblockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Bei ihrem Angriff auf das türkische Führungsschiff töteten israelische Spezialeinheiten in internationalen Gewässern acht türkische und einen US-amerikanischen Staatsangehörigen türkischer Herkunft.

Der Konflikt verschärfte sich, als im Februar 2012 ein Istanbuler Staatsanwalt die Vorführung des türkischen Geheimdienstchefs Hakan Fidan anordnete. Weil Fidan im Auftrag Erdoğan's in Oslo geheime Gespräche mit Vertretern der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) führte, wurde der enge Vertraute des Premiers des »Geheimnisverrats« und der »Kollaboration« mit extremistischen Kurden »bei der Gründung eines Kurdenstaats« bezichtigt. Erdoğan deutete den Beschluss des Gerichts als direkten politischen Angriff der Gülen-Bewegung auf seine Person, und die Bewegung vermochte es nicht, diesen Eindruck zu entkräften.

Die AKP-Regierung ging daraufhin gegen Unternehmen, die der Gülen-Bewegung nahestehen, mit Razzien und Ermittlungen der Steuerfahndung vor, um sie »zur Räson zu bringen«. Im November 2013 holte sie schließlich zu einem weiteren Gegenschlag aus und erklärte, die vom Gülen-Netzwerk betriebenen Nachhilfeschulen (Dershanes) hätten sich zu »Parallelstrukturen« entwickelt, die der Staat nicht dulden könne. Das Vorhaben zielte darauf ab, der Gülen-Bewegung das Wasser abzugraben, denn die Nachhilfeschulen sind für diese nicht nur finanziell, sondern auch als Rekrutierungsfeld lebenswichtig.

Am 28. November 2014 veröffentlichte die Istanbuler Tageszeitung *Taraf* Auszüge aus einem ihr zugespielten Protokoll einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats der Türkei im August 2004. Dabei soll beschlossen worden sein, die Anhänger der Gülen-Bewegung systematisch auszuspähen. Damit hatte der Konflikt eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Als am 17. Dezember 2013 im Rahmen von Untersuchungen über Korruption mehrere regierungnahe Personen (darunter drei Söhne von Ministern) festgenommen

wurden, sprach Erdoğan von einer »sehr schmutzigen Operation«, die das Ziel habe, die Regierung zu stürzen. Der Premier behauptete fortan, die Gezi-Proteste und die Korruptionsermittlungen seien die zusammenhängenden Teile eines geplanten Angriffs gegen seine Regierung und überhaupt gegen die Türkei.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf war also überschattet vom Machtkampf zwischen der Regierung und der Gülen-Bewegung: Es ging weniger um lokale Belange als vielmehr um die wahrscheinlich von Anhängern Gülens lancierten und von der Opposition verwerteten Korruptionsermittlungen. Die AKP-Regierung reagierte auf die Vorhaltungen, indem sie die entsprechende Berichterstattung unterband. Nach der Drohung des türkischen Premiers, das soziale Netzwerk *Twitter* »mit den Wurzeln auszureißen«, wurde der Zugang zu *Twitter* in der Nacht vom 20. auf den 21. März 2014 tatsächlich gesperrt.

Am 27. März wurden im Internet Tonaufnahmen von einer Besprechung im Büro des Außenministers Davutoğlu am 13. März veröffentlicht, in der über einen geplanten Angriff der bewaffneten Gruppe Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS) auf eine türkische Enklave in Syrien beraten wird. Zu hören ist Davutoğlu, der den Ministerpräsidenten dahingehend zitiert, dass der angekündigte Angriff auf das exterritoriale Hoheitsgebiet als eine Gelegenheit für militärische Operationen in Syrien genutzt werden soll. Daraufhin bietet eine andere Person, bei der es sich offenbar um den Geheimdienstchef Hakan Fidan handelt, an, von syrischem Boden aus »acht Raketen auf die Türkei abfeuern« zu lassen. Zuvor hatten türkische Kampffjets ein syrisches Kampfflugzeug wegen »Verletzung des türkischen Luftraums« abgeschossen.

Nach der Veröffentlichung des Mitschnitts auf *YouTube* erwirkte das Außenministerium ohne einen Gerichtsbeschluss bei der Telekommunikationsbehörde TIB eine Sperrung der Webseite. Als Grund da-

für wurde der Schutz der »nationalen Sicherheit« angegeben.

Während sich die Opposition im Wahlkampf fast ausschließlich auf die Korruptionsvorwürfe kaprizierte, stilisierte sich Erdoğan zum Opfer »dunkler Mächte« und proklamierte einen »neuen Unabhängigkeitskrieg«. In seinen Reden stellte der Premier die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und infrastrukturellen Leistungen seiner Regierung heraus.

Von einem fairen Wahlkampf kann indes nicht die Rede sein. Die Aufsichtsbehörde für Fernsehen und Rundfunk RTÜK zum Beispiel kritisierte in ihrem Bericht vom 12. März 2014 den staatlichen Fernsehsender TRT, weil der zwischen dem 22. Februar und dem 2. März der Regierungspartei bei der Berichterstattung wesentlich mehr Raum zugebilligt hatte als der Opposition. Die zeitlichen Anteile der Reportagen über die Wahlkampfveranstaltungen der Parteien betragen wie folgt: AKP 89,52%, Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) 5,29%, Republikanische Volkspartei (CHP) 4,96% und Partei für Frieden und Demokratie (BDP) 0,22%. Die Kandidaten wurden auch vor diesen Wahlen allein durch die jeweilige Parteiführung bestimmt. Die Zahl der Kandidatinnen war gering; nur etwa 4 Prozent aller Mandatsträger sind Frauen.

Das Wahlergebnis

Die AKP, die seit November 2002 die Türkei auf nationaler Ebene allein regiert, wird nunmehr für die nächsten fünf Jahre in 48 von 81 Provinzhauptstädten (19 davon sind Großstädte) den Bürgermeister und 587 Landkreisbürgermeister stellen. Die CHP konnte dagegen nur in 14 Provinzhauptstädten (davon 6 Großstädte) und 169 Landkreisen gewinnen. Bei der MHP lauten die Zahlen 8/3/111, bei der BDP 10/2/75. (Die Resultate sind dem Nachrichtensender NTV Türkei entnommen).

Die AKP konnte ihre Mehrheit in drei der vier bevölkerungsreichsten Großstädte (Istanbul, Ankara und Bursa) verteidigen

und Antalya dazugewinnen, das von der CHP regiert wurde. In Eskişehir, einer Hochburg der CHP, hat sie den Sieg knapp verfehlt. Die Großstadt Hatay an der syrischen Grenze hat sie an die CHP verloren. Zuvor war hier jedoch der frühere AKP-Bürgermeister zur CHP gewechselt. Bei der Wahl konnte er sich gegen den AKP-Kandidaten, den ehemaligen Justizminister Sadullah Ergin, behaupten.

Die AKP-Führung bewertete das Wahlergebnis als großen Erfolg, weil die Partei die Bürgermeisterämter in weiteren Städten, darunter Antalya und Şanlıurfa, erobern konnte. Im Vergleich zu den Parlamentswahlen im Jahr 2011 jedoch hat die AKP Stimmeneinbußen von rund 5 Prozentpunkten hinnehmen müssen.

Bei der säkularen CHP hat sich der Aufwärtstrend fortgesetzt, wenngleich das Ergebnis nicht so ausfiel, wie von der Parteiführung erwartet. Die CHP konnte viele ihrer Hochburgen in Thrakien und an der ägäischen Küste verteidigen sowie neue Provinzen in der Schwarzmeerregion hinzugewinnen. In Ankara hat sie den Sieg nur knapp verfehlt, in Istanbul konnte sie um vier Prozentpunkte zulegen.

In Istanbul schickte die CHP diesmal Mustafa Sarıgül ins Rennen, der 2005 aus der Partei ausgeschlossen worden war, weil er sich zum innerparteilichen Rivalen des Vorsitzenden Deniz Baykal aufgeschwungen hatte. Sarıgül, der zuvor 15 Jahre lang Bürgermeister des Istanbul Stadtbezirks Şişli war und allgemein als beliebt und volksnah gilt, gelang es, neue Wähler insbesondere aus konservativen Kreisen zu überzeugen. In Ankara konnte die CHP mit einem Kandidaten aus der MHP punkten und unterlag nur knapp dem amtierenden Bürgermeister Melih Gökçek von der AKP.

Die MHP konnte mit einem Zuwachs von 2,3 Millionen Wählern ihren Stimmenanteil gegenüber den Parlamentswahlen 2011 um zwei Prozentpunkte verbessern. Die rechts-nationalistische Partei hält an einer ethnisch-türkischen Definition der Nation fest und steht für Unitarismus und einen kulturellen Pantürkismus.

Die prokurdische BDP gilt als politischer Arm der kurdisch-nationalen Bewegung. Sie vertritt die Interessen der kurdischen Minderheit in der Türkei. Im Osten und Südosten des Landes konnte sie in Provinzen, in denen sie zuvor nicht die Mehrheit hatte, die Wahl für sich entscheiden. Ihr Gesamtergebnis blieb jedoch hinter dem der Parlamentswahlen von 2011 zurück.

Die BDP schickte ihre Kandidaten nur in der Ost- und Südosttürkei ins Rennen, während im Westen die Demokratische Partei der Völker (HDP), sozusagen ein »Outsourcing« der BDP, antrat. Dort kam es während des Wahlkampfes wiederholt zu Protesten und Angriffen nationalistischer Gruppierungen gegen die HDP, insbesondere in Fethiye, Tekirdağ und an der Schwarzmeerküste.

Der Parteienverbund BDP/HDP ging mit der Forderung, in den Kommunen und Provinzen »demokratische Autonomie« zu etablieren, in die Wahlen und wollte diese quasi zu einem Referendum über diesen Programmpunkt machen. Insofern lässt sich der leichte Dämpfer, den er bekommen hat, als ein Signal deuten, dass es für die Verwirklichung eines solch weitreichenden Ziels derzeit keine Mehrheiten gibt.

Vier-Parteien-System

Bei den Kommunalwahlen hat sich der Trend in Richtung eines Vier-Parteien-Systems fortgesetzt. Knapp 94 Prozent der Stimmen konzentrieren sich bei den Parteien AKP, CHP, MHP und BDP/HDP. Bei den Kommunalwahlen im 2009 waren es noch 83 Prozent, während bei den Parlamentswahlen 2002 lediglich 69 Prozent der Stimmen auf die vier entfallen waren (siehe Grafik, Seite 5).

Das »rechte« Lager ist vertreten durch die AKP und die MHP, daneben existieren zwei kleinere Parteien, die islamistische Partei der Glückseligkeit (SP) und die nationalistisch-islamische Partei der großen Einheit (BBP), die lediglich 2,1 bzw. 1,1 Prozent der Wähler mobilisieren konnten.

Im »linken« Lager gibt es neben der CHP und der BDP/HDP weitere kleinere Splitter-

parteien wie etwa die Partei der demokratischen Linken (DSP, 0,2%) des mittlerweile verstorbenen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit oder die nationalistisch antiwestliche Arbeiterpartei (IP, 0,1%). Es ist anzumerken, dass hier »rechts« nicht unbedingt konservativ im Sinne der Bewahrung des Status quo und »links« nicht per se »progressiv« im Sinne einer Überwindung bestehender Verhältnisse bedeutet.

Die Lagerbildung entspricht weitgehend den ethnokulturellen Identitäten und Bruchlinien in der Türkei. Die AKP wird überwiegend von religiös-konservativen bzw. religiös-nationalen Bevölkerungsschichten gewählt, denen die islamische bzw. islamisch-türkische Identität mehr bedeutet als die reine türkische Identität. Die Betonung der Religiosität und ein islamisch geprägtes Nationsverständnis, das die osmanische Ära glorifiziert – in der Türkei-Forschung auch muslimischer Nationalismus (Jenny White) genannt –, macht die AKP für viele Kurden im Osten wie im Westen der Türkei wählbar.

Menschen, die sich an einem monokulturellen Nations- und autoritären Staatsverständnis orientieren, die Europa gegenüber kritisch bis ablehnend eingestellt sind und keine Ausweitung von demokratischen und Minderheitenrechten wollen, werden sich eher in der MHP zu Hause fühlen. Die MHP konnte vor allem diejenigen gesellschaftlichen Gruppen ansprechen, die skeptisch gegenüber den Verhandlungen mit der PKK sind.

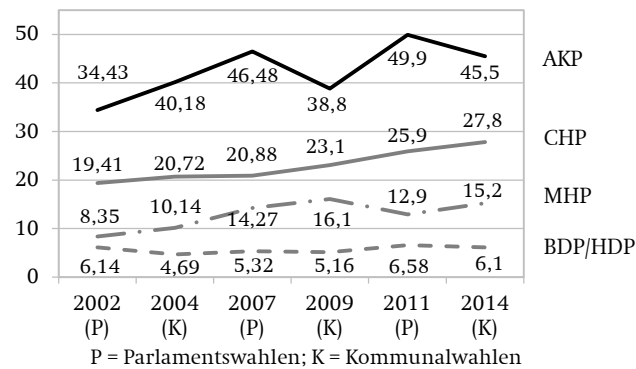
Die CHP wird zumeist von säkularen, urbanen, liberalen wie nationalen Bevölkerungsschichten vor allem im Westen der Türkei gewählt. In Zentralanatolien ist die CHP außer in Eskişehir oder in Ankara relativ schwach und erhält im Durchschnitt deutlich weniger als 20 Prozent der Stimmen. Im Osten und Südosten der Türkei liegt sie mit etwa zwei Prozent weit abgeschlagen hinter der AKP, der BDP und teilweise auch hinter der MHP und der SP.

Die BDP ist in den östlichen und südöstlichen Provinzen mit einer mehrheitlich kurdischen Bevölkerung die stärkste, in

einigen Provinzen die zweitstärkste Partei mit einem deutlichen Aufwärtstrend.

Grafik

Die Entwicklung des Vier-Parteien-Systems in der Türkei seit 2002



Die AKP ist die tonangebende politische Kraft. Die Zustimmung zu ihr ist landesweit am gleichmäßigsten verteilt. Sie ist in den meisten Provinzen Wahlsiegerin, in einigen landete sie auf dem zweiten und nur in wenigen auf dem dritten Platz. Die AKP wird im Westen wie im Osten gewählt, sowohl von ethnischen Türken als auch von ethnischen Kurden. In den Hochburgen der CHP ist die AKP ebenfalls stark: In Izmir, der drittbevölkerungsreichsten Stadt der Türkei, konnte sie etwa 32 Prozent der Stimmen für sich verbuchen, in Eskişehir erhielt sie mit 37 Prozent nur fünf Prozent weniger als die CHP.

Die MHP-Stimmen sind – außerhalb der Regionen mit einer mehrheitlich kurdischen Bevölkerung – zwar ebenfalls relativ gleichmäßig verteilt, aber in den vier bevölkerungsreichsten Provinzen liegt die Partei weit abgeschlagen hinter der AKP und der CHP zurück.

Die BDP ist ebenfalls eine regionale Partei. Im Westen der Türkei kann sie selbst im Bündnis mit linkssozialistischen Parteien kaum Wähler anziehen. Ihr Versuch, mit der HDP im Norden und Westen der Türkei nichtkurdische Wähler anzusprechen scheint – zumindest bei diesen Wahlen – ebenfalls gescheitert zu sein.

Die Gründe für das Wahlergebnis

Verantwortlich für den Wahlausgang sind verschiedene Faktoren.

Faktor Wirtschaft: Die Regierungszeit der AKP ist geprägt durch eine starke Wirtschaftsdynamik. Die Wachstumsraten lagen seit 2002 im jährlichen Durchschnitt bei etwa knapp über fünf, in einigen Jahren sogar bei über acht Prozent, und die Inflationsrate wurde deutlich unter zehn Prozent gedrückt. Die Gesundheitsversorgung hat sich deutlich verbessert, die urbanen Infrastrukturen und Verkehrsnetzwerke wurden ausgebaut, das Bruttosozialprodukt pro Kopf in US-Dollar hat sich gegenüber 2002 verdreifacht, Armut und soziale Ungerechtigkeit haben sich verringert. Und was am wichtigsten ist: Alle Bevölkerungsschichten haben von dieser Wirtschaftsdynamik profitiert. Mit ihrer Politik des günstigen Geldes befeuerte die türkische Zentralbank einen Immobilienboom, was den Wohlstand der Bevölkerung weiter wachsen ließ. Kurz: Die AKP-Regierung steht in den Augen der Mehrheit der Türken für Prosperität und persönliches Wohlergehen.

Faktor Erdoğan: Erdoğans Popularität beruht nicht nur auf seinem Charisma, seiner Redekunst und Volksnähe. Für viele ist er nicht nur die Personifizierung der wirtschaftlichen Erfolge des zurückliegenden Jahrzehnts, sondern auch des individuellen Traums vom sozialen Aufstieg: Erdoğan hat es geschafft, aus bescheidenen Verhältnissen aufzusteigen und den säkularen Eliten die Macht zu entreißen. Erdoğan steht auch für die Inklusion jener religiös-konservativen Schichten in die türkische Gesellschaft und Politik, die sich zuvor von den säkularen Staatseliten ausgegrenzt fühlten. Er hat diesen Menschen eine neue Identität und ein starkes Selbstwertgefühl gegeben.

Faktor Polarisierung: Aufgrund des alles überlagernden Machtkampfs zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung betrachteten viele Wähler die CHP und MHP nur noch als »Anhängsel« der Gülen-Bewegung. Durch die beabsichtigte Polarisierung gelang es

Erdoğan nicht nur, seine Reihen enger zu schließen und seine Stammwähler zu mobilisieren, sondern auch die Ängste islamisch-konservativer Bevölkerungsschichten vor einem »kemalistischen Comeback« im Falle eines Wahlsiegs der CHP und der MHP für sich nutzbar zu machen.

Faktor Schwäche der Opposition: Ein weiterer Grund für den Wahlsieg der AKP ist auch die programmatische Schwäche der CHP und MHP. Das Wahlvolk wusste nicht, was es bei einem Wahlsieg dieser Parteien zu erwarten hatte. Der CHP ist es nicht gelungen, aus der Aufbruchsstimmung unter den jungen, gut gebildeten, demokratisch-westlich gesinnten Menschen in den Metropolstädten der Westtürkei einen Vorteil zu ziehen. Sie hat es nicht geschafft, neue Wähler jenseits der Linken, der anti-kapitalistischen Muslime, der Aleviten, der Kurden und der Kemalisten für ein gemeinsames politisches Ziel zu begeistern.

Dass die HDP ebenfalls hinter den Erwartungen zurückblieb, hat drei Gründe: Erstens stimmten potentielle HDP-Wähler für die aussichtsreicheren CHP-Kandidaten, um die AKP-Bürgermeister abzuwählen. Zweitens ist diese Partei nicht aus einer gesellschaftlichen Debatte hervorgegangen, sondern auf Beschluss des inhaftierten PKK-Führers Öcalans entstanden. Öcalan hatte gehofft, eine hohe Zustimmung ethnischer Türken im Westen der Türkei zur HDP könne seine Position bei den Verhandlungen mit der Regierung stärken. Drittens hat sich die HDP von der Gewalt als »politisches Mittel« nicht deutlich distanziert und sich gegenüber Gruppierungen geöffnet, die ein fragwürdiges Demokratieverständnis mit einer romantisierenden Sicht der Geschichte des Sozialismus kombinieren.

Ausblick

Der Wahlsieg der AKP birgt Risiken für die türkische Demokratie, Wirtschaft und Außenpolitik. Erdoğan verkündete in seiner Balkonrede unmittelbar nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse, künftig mit aller Härte gegen »parallele Strukturen« in der Gesell-

schaft vorzugehen. Es ist wahrscheinlich, dass eine Säuberungswelle bevorsteht, die sich gegen Anhänger und Sympathisanten der Gülen-Bewegung in der Bürokratie, Verwaltung und der Polizei richtet. Dass eine solche systematische Verfolgung der Gülen-Anhänger vorbereitet wird, dafür spricht auch die rhetorische Gleichsetzung der Gülen-Bewegung mit dem obskuren Netzwerk »Ergenekon«, das als ein wichtiger Bestandteil des sogenannten »tiefen Staates« in der Türkei gilt und ab 2003 durch Terror und Desinformation den Sturz der AKP-Regierung betrieben haben soll.

Erdoğan's harsche Polemik gegen das Verfassungsgericht, das die Wiederfreigabe des Zugangs zu *Twitter* anordnete und ein Gesetz für verfassungswidrig erklärte, mit dem die Machtbefugnisse des Justizministeriums bei der Richterernennung erweitert worden wären, sind deutliche Anzeichen dafür, dass er seine mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht kompatible Politik fortsetzen wird. Insofern sind weitere antidemokratische, illegitime Eingriffe in die Justiz und die Bürokratie sowie Einschnitte persönlicher Rechte zu erwarten.

Innen- und außenpolitische Spannungen sowie die Rechtsunsicherheit werden die Wirtschaftsentwicklung belasten. So hat die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit der Türkei heruntergestuft, und Fachleute prognostizieren für 2014 nur noch ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent und für 2015 von 3,0 Prozent. Es deutet sich an, dass der Kapitalfluss in die Türkei spürbar abnehmen wird und in den folgenden Jahren das Wachstum aufgrund einer strafferen Geldpolitik der US-Notenbank gering bleibt, was der Popularität der AKP-Regierung nicht dienlich sein wird.

Im Zuge des Machtkampfs mit der Gülen-Bewegung wird die AKP vermutlich nach neuen Allianzen suchen. Anzeichen dafür gab es bereits vor den Kommunalwahlen: So verhinderte die Regierung nicht, dass Offiziere und Intellektuelle freigelassen wurden, die im Zuge des Ergenekon-Prozesses wegen Putschversuchs verhaftet worden waren.

Es ist nicht auszuschließen, dass Erdoğan auf nationalistische Kräfte in Staat und Politik zugeht, um sich im Kampf mit der Gülen-Bewegung Rückhalt zu verschaffen. Der Vorsitzende der nationalistisch-linken IP Doğu Perinçek hat nach den Kommunalwahlen in einem Zeitungsinterview bereits seine Unterstützung signalisiert. Er werde die AKP-Regierung in ihrem Kampf gegen die »Imperialisten« und ihren »Handlungen« im Inland und bei der Zerstörung »paralleler Strukturen« unterstützen.

Möglich ist auch eine Zusammenarbeit der AKP-Regierung mit der prokurdischen BDP bei der Präsidentschaftswahl, deren erste Runde für den 10. August 2014 ansteht (eine eventuelle Stichwahl würde am 24. August stattfinden). Pervin Buldan, ein Abgeordneter der BDP, verkündete, dies sei möglich, wenn die Regierung Schritte unternähme, die das Leben und die Rechte der Kurden verbessern.

Eine »demokratische Wende« ist – zumindest bis zu den Parlamentswahlen – nicht zu erwarten. Erdoğan hat gesehen, dass eine Polarisierung innerhalb der Bevölkerung ihm zugutekommt, und er wird diese, den sozialen Frieden gefährdende Strategie aller Wahrscheinlichkeit nach fortsetzen. Eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zur Europäischen Union (EU) ist ebenfalls zu erwarten. Die Ereignisse der letzten Monate haben auf Seiten der EU-Akteure bereits die Position der Türkeyskeptiker gestärkt. So hat sich etwa die Christlich Demokratische Union für eine Aussetzung der Beitrittsverhandlungen ausgesprochen, andere Politiker betonten, dass die Türkei nicht EU-kompatibel sei.

Die Strategie der CHP bestand darin, möglichst viele Stimmen jenseits der Alevitin und der säkularen, westlich orientierten und urbanen Wählergruppen zu gewinnen. In einigen Provinzen und Landkreisen stellte die CHP deshalb konservative Kandidaten auf. Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, dass sie sich im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl im August 2014 um eine Kooperation mit der MHP bemühen wird. Da eine Zusammenarbeit mit der prokurdi-

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

schen BDP unter den gegebenen Umständen nicht realistisch erscheint, wird die CHP auf eine Koalition mit der MHP setzen, um die AKP bei den Parlamentswahlen 2015 abzulösen. Ob sich der Aufwärtstrend der CHP fortsetzt und ihre Attraktivität für konservative Bevölkerungsschichten weiter zunimmt, wird von ihrer Fähigkeit abhängen, einen charismatischeren und volksnahen Vorsitzenden zu bestimmen. Ein möglicher Kandidat wäre Mustafa Sargül, mit dem die CHP in Istanbul um vier Prozentpunkte zulegen konnte. In partei-internen Kreisen wird er bereits als Nachfolger von Kemal Kılıçdaroğlu gehandelt. Von einer säkular-nationalen Koalition wären jedoch umfassende demokratische Reformen und ein Durchbruch in den Beziehungen zur EU kaum zu erwarten, zumal die MHP aus »Sorge« um die nationale Kultur, politische Souveränität und territoriale Integrität der Türkei, skeptisch gegenüber der EU eingestellt ist.

Ob Erdoğan für das Präsidentenamt kandidieren wird, dürfte davon abhängen, inwieweit ihm dieses Amt attraktiv erscheint. Mit dem Wahlsieg hat er seine Machtposition gefestigt. Er hätte realistische Aussichten auf beide Ämter. Zwar ist nach den Statuten der AKP eine erneute Amtszeit als Premierminister nicht möglich, doch dabei handelt es sich um eine parteiinterne Regelung, die er ohne Mühe verändern könnte.

Für eine Entscheidung für das Präsidentenamt spricht zweierlei: Erdoğan wäre der erste direkt vom Volk gewählte Staatspräsident der Republik Türkei. Zweitens dürfte ihm bewusst sein, dass die Parlamentswahlen im kommenden Jahr schwieriger sein werden: Die Wirtschaftsentwicklung hat sich verlangsamt, und das werden die Wähler zu spüren bekommen. Zu erwarten ist, dass sich der Kapitalfluss in das Land verlangsamt und dieser Sachverhalt zusammen mit der Verteuerung der Kredite die Realisierung großer Bauprojekte erschwert.

Vor diesem Hintergrund könnte das Präsidentenamt für Erdoğan eine verlockende Alternative sein. Doch als Staatspräsident hätte er wenig Einfluss auf seine Partei – er

müsste der Verfassung entsprechend aus der AKP austreten – und wenig politische Gestaltungsmöglichkeiten.

Um gleich im ersten Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt zu werden, wäre Premier Erdoğan auf die Unterstützung der prokurdischen BDP angewiesen. Die Kompromisse, die er hierfür eingehen müsste, könnten ihm wichtige Stimmen kosten. Bereits bei diesen Kommunalwahlen sind AKP-Wähler im Westen der Türkei zur MHP übergelaufen. Der Beschluss, einen rechtlichen Rahmen für die Verhandlungen mit der PKK zu schaffen, den Öcalan fordert, könnte den Premier dem Vorwurf aussetzen, die PKK legitimieren zu wollen. All dies deutet darauf hin, dass Erdoğan trotz des Wahlsiegs nicht so fest im Sattel sitzt, wie es von vielen angenommen wird.